Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JK/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Hilfe, bin ich links?
2. Flüchtlinge
3. Ausverkauf
4. Streit um Rohstoffe: Russland schickt Kriegsschiffe in die Arktis
5. Wo Europas Schwachstelle liegt
6. „Europa neu begründen"
7. TTIP Freihandel, jetzt noch geheimer
8. Abschied vom Homo Oeconomicus
9. Krösus und seine Kinder
10. So schonungslos verheizt Amazon seine Manager
11. Alter Manager sucht Job
12. Negatives Anreizsystem
13. Imtech & Co: Ablenkungsmanöver – BER ist seit Jahren außer Kontrolle
14. USA wollen laut Bericht Drohnen-Nutzung ausweiten
15. Das Kopftuch gehört ins Klassenzimmer
16. Wer eine Wut auf die extreme Mitte hat, bleibt heute zu Hause
17. Gabriels Berater wünschte sich SPD-Pleite

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Hilfe, bin ich links?**
   Meine erste Begegnung mit der derzeit gültigen Weltwirtschaftsordnung endete im Gelächter. Ich studierte Amerikanistik im Nebenfach und hatte mich in ein Seminar über Ronald Reagan eingeschrieben. Da ich an dem Tag, an dem die Referate vergeben wurden, als Letzter kam, blieb mir nur ein Thema, das sonst keiner machen wollte: Reaganomics, die Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten.
   Ich las mich also ein in Milton Friedman, Arthur Laffer und David Stockman und all die Ideologen des freien Marktes. Sie predigten Privatisierung, Austerität und den totalen Rückzug des Staates, Sozialpolitik galt ihnen als Irrweg, weil sie Untätigkeit belohne. Wolle man den Armen helfen, müssen man die Reichen reicher machen, stand in den

Manifesten der Neocons zu lesen, denn deren Reichtum werde irgendwann über ein Mehr an Arbeitsplätzen und Wachstum zu den Armen durchsickern.
1987 war das nicht so. Als ich an der Reihe war, die sogenannte Trickle-Down-Theory im Seminar vorzustellen, erntete ich trotz allen Bemühens um Sachlichkeit Glucksen und Gelächter. Zu abseitig, zu radikal, zu katechistisch schienen die Dogmen der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, auch "Voodoo Economics" genannt.
Heute, zweieinhalb Jahrzehnte später, ist die Ideologie des freien Marktes unter dem Namen "Neoliberalismus" Grundprinzip des weltweiten Wirtschaftens. Auch in der EU ist sie als technokratische, quasi-wissenschaftliche Wahrheit anerkannt. Wer daran offen zweifelt, wie etwa Yanis Varoufakis oder die spanische Podemos-Bewegung, wird mindestens als rückwärtsgewandter Romantiker, wenn nicht als weltfremder linker Spinner angesehen.
Quelle: Sebastian Schoepp in der Süddeutschen Zeitung

Anmerkung JK: *Es ist schon fast bizarr, dass vormals harmlose sozialdemokratische Positionen inzwischen als linksradikal gelten. Die Forderung, dass jeder Mensch sein Auskommen hat und alle seine Bürgerrechte wahrnehmen kann, ist für die Neoliberalen aber schon zu viel.*

2. **Flüchtlinge**
    1. **Das Jahrhundert-Problem**
    Das Flüchtlingsproblem ist nicht nur ein Problem des Sommers 2015; es ist das Problem des 21. Jahrhunderts. Es ist ein Problem, das viel größere Anstrengungen erfordern wird als die Stabilisierung des Euro und die Sanierung des griechischen Haushalts. Es geht hier nicht um das Schicksal von Banken, nicht um das Überleben des Euro; es geht um das Überleben von Millionen Menschen.
    Man wird das 21. Jahrhundert einmal daran messen, wie es mit den Flüchtlingen umgegangen ist. Man wird es daran messen, was es getan hat, um die Staaten im Chaos wieder zu entchaotisieren. Man wird es daran messen, welche Anstrengungen unternommen wurden, um entheimateten Menschen ihre Heimat wiederzugeben. Das ist eine gigantische Aufgabe, die von Politik und Wirtschaft ein radikales Umdenken verlangt.
    Die Flüchtlingszahlen, die Deutschland im Sommer 2015 beunruhigen, sind auch Folge dessen, was der Raubtierkapitalismus und die gewachsene Bereitschaft der Geostrategen, Interessenkonflikte mit Gewalt zu lösen, angerichtet haben.
    Flucht hat Ursachen – aber die Bekämpfung der Fluchtursachen ist zu einer

Floskel geworden, mit der man eigentlich nur sagen will: Da kann man nichts machen, “die” sollen doch bleiben, wo sie sind.
Quelle: SZ

2. **Warum macht ihr nicht den Mund auf?**
   Geht es um Flüchtlinge, sind Spitzenpolitiker gerade sehr stumm. Wie zum Teufel kann das sein, bei mehr als 150 Anschlägen auf Asylbewerberheime? (…) Vor 15 Jahren brannte der Eingang einer Synagoge in Düsseldorf. Niemand wurde verletzt. Der damalige Kanzler Gerhard Schröder forderte einen „Aufstand der Anständigen“. Der Satz ging in die Geschichtsbücher ein. Er hat einen eigenen Wikipedia-Eintrag. Er hat gewirkt. Manchmal kann man politische Kultur in drei Wörtern zusammenfassen. Und manchmal tut das auch tatsächlich jemand.
   Damals brauchte es keinen Sommer voller Anschläge auf Asylbewerberheime, keine Massenflucht, keine unmenschlichen Zustände in Auffanglagern, keine humanitäre Katastrophe und keine Leichen. Sondern nur das Gefühl, dass dieses eine Feuer schon zu viel ist. Lieber Politiker: Worauf wartest Du heute? Dein Schweigen ist unerträglich laut. Was muss noch passieren, bis Du etwas sagst? Ihr seid Opportunisten. Das wissen wir. Oder ahnen es zumindest, tief in uns drin. Wäre geschenkt. Aber ihr seid momentan ja nicht mal mehr darin gut. Der Vizekanzler trifft sich im Winter mit Pegida und im Sommer mit Til Schweiger. Statt sich einfach irgendwohin zu stellen und zu sagen: „In dem Land, bei dessen politischer Führung ich ganz vorne stehe, sind Flüchtlinge willkommen. Alle, die etwas anderes behaupten, liegen falsch.“
   Was ihr uns stattdessen bietet: Technische Begriffe rund um das Einwanderungsgesetzes. „Verteilungsschlüssel“, „Sichere Drittländer“, „Schnellere Verfahren“. Das sind wichtige Themen, keine Frage. Wir verstehen schon: Politik besteht aus kleinen Schritten. Aber was sollen wir mit diesen Begriffen anfangen, wenn wir am Hauptbahnhof in die nächste Gruppe Plastiktütenexistenzen rennen?
   Quelle: SZ
3. **Meinungsmache – Mehr Schleuser in Deutschland gefasst Mit der “Ware Mensch” Kasse machen**
   Die Zahl der festgenommenen Schleuser hat sich im ersten Halbjahr nahezu verdoppelt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Polizei fasste 1420 mutmaßliche Menschenhändler. Außenminister Steinmeier forderte derweil eine schnellere Abschiebung abgelehnter Asylsuchender.
   Im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise werden in Deutschland einem Zeitungsbericht zufolge immer mehr Schleuser gefasst. Im ersten Halbjahr seien

1420 mutmaßliche Schleuser festgenommen worden, berichtet die “Welt am Sonntag” unter Berufung auf Angaben der Bundespolizei. Im ersten Halbjahr 2014 seien es noch 773 gewesen. Damit hat sich die Zahl der von der Polizei gefassten Schleuser im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. Insgesamt habe die Polizei im vergangenen Jahr 2149 Schleuser aufgegriffen. 2013 waren es demnach noch 1535.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung JK: *Ein Paradebeispiel für Meinungsmache. Nun wird der “Schleuser” als neue Hassfigur aufgebaut und dieser Figur die Verantwortung für die wachsenden Flüchtlingszahlen zu geschoben. So lässt sich von den wirklichen Verantwortlichen dafür ablenken, die fast ausschließlich im “Westen” zu finden sind. Beispiel Libyen, dieses Land ist inzwischen eines der Hauptauflaufgebiete für Flüchtlinge, da aufgrund des völligen Zusammenbruchs staatlicher Strukturen Flüchtlinge faktisch völlig ungehindert nach Italien übersetzen können bzw. das dort herrschende Chaos auch viele Libyer zur Flucht treibt. Dies ist alles eine Folge des durch den Westen herbeigebombten Sturz Gaddafis, ohne sich Gedanken darüber zu machen was nach Gaddafi kommen könnte.*

dazu: Panikmache in Medien: Angst, Angst, Angst – und nicht fragen, wieso
Kürzer denken, schneller berichten, nix erklären: Mit dem Flüchtlingsstrom verdoppeln Medien ihre Angstrate – und halbieren ihre Lebenszeit.
Quelle: Sibylle Berg auf SPIEGEL Online

3. **Ausverkauf**
In Griechenland sollen Teile der Infrastruktur privatisiert werden. Großbritannien zeigt, warum davon abzuraten ist: Wo das Profitdenken regiert, geht der Zusammenhalt verloren.
Piräus ist nicht nur Athens Hafen seit dem fünften Jahrhundert vor der Zeitrechnung, es ist auch eine Halbinsel. Dorthin, so erzählte Platon, sei Sokrates gewandert und unversehens in eine Diskussion über Gerechtigkeit und Staatsführung geraten. Der betagte Unternehmer Kephalos hielt es für unabdingbar, “die Wahrheit zu sagen und seine Schulden zu bezahlen”. Das war eine klare Ansage, und doch spielt Kephalos in Platons “Politeia” eine eher belanglose Rolle. Zu der Frage, wie man ein Gemeinwesen aufrechterhält, fiel dem reichen Zugereisten im übrigen nämlich wenig ein. Vermutlich würde Kephalos, lebte er heute, die Griechenland-Politik der EU und des Internationalen Währungsfonds gutheißen. Die Wahrheit sagen, seine Schulden

bezahlen: Kephalos wäre möglicherweise ein Berater der "Troika" geworden.
Gewiss berühmter als Sokrates' Ausflug nach Piräus ist die Schlagerzeile "Ich bin ein Mädchen von Piräus". Weh muss vielen Griechen dabei zumute sein, ihren alten Hafen zu verlieren. Zusammen mit vielem anderen soll er im Rahmen des Privatisierungsprogramms verkauft werden. In diesem Sommer wurde die Rhetorik angeheizt: Die Privatisierungen sollen nun "beschleunigt" vonstattengehen, als ob die bisherigen Erlöse von vier Milliarden Euro nicht schon hektisch genug zusammengebracht worden wären. Der Privatisierungsfonds erinnert an die Treuhandanstalt, die seinerzeit DDR-Unternehmen im Stundentakt verschleuderte. Wohlstand ist in Ostdeutschland damit nicht eingekehrt, wohl aber der Umstand, dass die Abwanderung mangels Arbeitsplätzen bis heute anhält.
Quelle: Franziska Augstein in der Süddeutschen Zeitung

4. **Streit um Rohstoffe: Russland schickt Kriegsschiffe in die Arktis**
Moskau spekuliert auf die Bodenschätze in der Arktis – und zeigt militärische Präsenz: Ein Marineverband steuert die Barentssee an, geplant ist ein Manöver. Auch in der Ostukraine droht sich die Lage erneut zu verschärfen.
Mithilfe der Kriegsmarine betont Russland seine Ansprüche auf einen Teil der Arktis. Ein Schiffsverband habe den Heimathafen Seweromorsk verlassen und sei in die Barentssee eingelaufen, sagte Nordflotten-Sprecher Andrej Lusik. Ein Ziel der Fahrt sei, die Nordflanke Russlands zu beobachten, wo durch die Klimaerwärmung das Eis schneller schmelze.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JB: *Eigentlich ist es erstaunlich, dass eine solche Meldung es zu einer „Top-Meldung" bei SPIEGEL Online bringt. Die USA veranstalten beispielsweise jährlich ihre „ICEX-Manöver", die jenen Russlands fast bis ins kleinste Detail gleichen. Die Wichtigkeit der Arktis für die USA unterstreicht auch die „Arctic Roadmap" der US-Marine. Vergleichbare Strategiepapiere gibt es sicher in Moskau auch. Das Thema ist aus globalstrategischer Sicht sehr spannend und sowohl Russland als auch die USA sind voll auf Kurs zu einem neuen kalten Krieg in der Arktis. Und auch die Rolle der europäischen Staaten Norwegen und Dänemark sollte einmal näher untersucht werden. Überhaupt nicht spannend ist esjedoch, wie SPIEGEL Online das Thema einseitig und holzschnittartig serviert.*

5. **Wo Europas Schwachstelle liegt**
Griechenland ist als einziger Euro-Staat bankrott und wird auch für absehbare Zeit von der Europäischen Union gepflegt werden müssen. Aber der Rest der Euro-Zone erholt sich gerade – und zwar auch deshalb, weil die Europäische Zentralbank mit

ihrer Geldpolitik massiv eingreift und damit die Austeritätspolitik de facto beendet hat. Daher scheint die Zukunft des Euro, jedenfalls auf mittlere Sicht, gesichert zu sein.
Als der Euro eingeführt wurde, da verwandelte sich jene politischen Union, die einst um die fünf großen Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien errichtet wurde, in eine sehr viel buntere wirtschaftliche Union mit 27 Mitgliedern. In diesem Europa gibt es eine nicht zu überhörende Kakofonie der Interessen und Ziele. Und so kommt nun, in der Krise, ein Europa zum Vorschein, in dem die Trennlinie nicht zwischen dem Norden und dem Süden verläuft. Diese Trennlinie verläuft zwischen jenen Ländern, die dauerhaft Leistungsbilanzüberschüsse erzielen können – und jenen, die das nicht können; zwischen jenen Staaten, die vom Euro profitieren – und jenen, die das nicht können, weil ihnen eine eigene Währung fehlt. Diesen Ländern bleibt nur die Möglichkeit, schmerzvolle Einschnitte vorzunehmen – oder den Ausgang aus der Währungsunion zu suchen.
Zwar schaffen es Länder wie Portugal und Spanien, Überschüsse zu erzielen, aber nur, weil ihre Binnennachfrage zusammengebrochen ist. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ist es fraglich, ob diese Politik auf Dauer durchzuhalten ist. Jobs in der Exportindustrie können einfacher durch Kapital ersetzt werden als in anderen Bereichen der Wirtschaft. Deshalb gehen die anspruchsvollen Jobs im verarbeitenden Gewerbe langfristig zurück. Das mag zwar dazu führen, dass die Exportwirtschaft gute Geschäfte macht. Wenn aber weite Teile der Bevölkerung nicht profitieren, weil Löhne und Beschäftigung nicht steigen, wird dies zum Problem.
Dieses neue Europa ist ein Trittbrettfahrer, der davon profitiert, dass andere Geld ausgeben. Damit aber liegt auch das Schicksal der europäischen Wirtschaft in fremden Händen. Da die Asiaten und Europäer zur gleichen Zeit auf den Export setzen, droht das ganze System ziemlich schnell an seine Grenzen zu geraten: Nämlich dann, wenn der Rest der Welt aufhört zu konsumieren.
Quelle: Mark Blyth in der Süddeutschen Zeitung

6. **„Europa neu begründen“**
Stellungnahme von Hans-Jürgen Urban und Steffen Lehndorff, den Verantwortlichen für die Internetseite »Europa neu begründen«:
Mit der Unterschrift der griechischen Regierung unter ein ihr aufgezwungenes drittes »Memorandum« mit Troika und Eurogruppe ist das eingetreten, was wir mit der auf dieser Seite vorgestellten Erklärung zu verhindern helfen wollten. Nicht allein, dass aller Voraussicht nach das nun errichtete Protektorat die Krise in Griechenland zunächst weiter vertiefen wird. Auch die Chance für die Neuorientierung auf ein demokratisches und soziales Europa, die im erstmaligen Aufbegehren eines Landes gegen die zerstörerische »Euro-Rettungspolitik« lag, konnte bislang nicht genutzt werden. Doch der Konflikt um die Ausrichtung der EU und der Währungsunion hat

erst begonnen. Die Forderungen beider hier vorgestellter Aufrufe aus den Jahren 2015 (s.u.) und 2012 — »Griechenland nach der Wahl – keine Gefahr sondern eine Chance für Europa« und »Europa neu begründen« — sind unvermindert aktuell.
Deshalb betreiben wir diese Internetseite weiter, gleichwohl mit neuen Schwerpunkten. Unter »Aktuelles« stellen wir wichtige Dokumente und Stellungnahmen zur aktuellen Entwicklung rund um Griechenland zur Verfügung. Und unter »Debatte« informieren wir über uns besonders interessant erscheinende Beiträge zur neu aufgeflammten Diskussion über die Gefahren eines »deutschen Europa« und über mögliche Strategien für einen demokratischen und sozialen Kurswechsel in Europa.
Quelle: Europa neu begründen

7. **TTIP Freihandel, jetzt noch geheimer**
   Minister aus EU-Ländern, die wissen wollen, was Europäer und Amerikaner in Sachen TTIP verhandeln, erhalten die Dokumente nun nicht mehr. Stattdessen dürfen sie die Papiere nur zu bestimmten Zeiten in einem Brüssler Leserraum einsehen.
   Die Verhandlungen sind größtenteils geheim, bestimmte Details kennen noch nicht einmal deutsche Parlamentarier, die aber über den Vertrag abstimmen sollen.
   In Sachen Transparenz ist Cecilia Malmström ein gebranntes Kind. 2010, damals war sie noch EU-Innenkommissarin, musste sie miterleben, wie das EU-Parlament das Swift-Abkommen ablehnte – die Verhandlungen über den Austausch von Bankdaten mit den USA. Einer der Fehler, so sagte sie später, sei wohl mangelnde Transparenz gewesen. Das sollte sich bei ihrem nächsten großen Projekt nicht wiederholen.
   Inzwischen ist die Schwedin Handelskommissarin, zuständig auch für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP – und wollte diesen Fehler nicht wiederholen. “Wir müssen mehr Transparenz in die Verhandlungen bringen”, sagte sie kurz nach Amtsantritt der SZ. “Wir können Vertrauen schaffen, indem wir in einen offenen Dialog treten.” Doch ein knappes Jahr später haben sich die Dinge schon wieder geändert.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung

   Anmerkung JK: *Wieder ein Beleg, wie grundsätzlich anti-demokratisch das TTIP ist. Allein die Tatsache, dass über etwas unter absoluter Geheimhaltung verhandelt wird, was die Lebensumstände von annähernd 800 Millionen Menschen fundamental verändern kann, ist völlig grotesk.*
   „….. bestimmte Details kennen noch nicht einmal deutsche Parlamentarier, die aber über den Vertrag abstimmen sollen.“
   Liebe Leser und Leserinnen, fragen Sie doch einmal die Abgeordneten ihres Wahlkreises ob diese dem TTIP zustimmen wollen? Ist die Antwort ja, dann fragen Sie

doch wie es dann um deren Demokratieverständnis bestellt ist, wenn diese etwas zustimmen, dessen Inhalt sie gar nicht genau kennen?

8. **Abschied vom Homo Oeconomicus**
   Läuft nicht so gut mit dem Kapitalismus. Etwa weil er den Menschen völlig falsch einschätzt? Wir müssen auf unsere soziale Seite hören, sagt die Forscherin Tania Singer.
   Das Leben im Spätkapitalismus ist nicht unbedingt das glücklichste, wie wir gerade überall auf der Welt beobachten. Könnte es sein, dass unser Wirtschaftssystem auf einer grundsätzlich falschen Annahme über den Menschen basiert? Dass es nämlich diesen sogenannten Homo Oeconomicus gar nicht gibt? Diese These vertritt Tania Singer. Sie ist Psychologin und Professorin für Soziale Neurowissenschaften, leitet das Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig und war die erste Lehrstuhlinhaberin für Neuroökonomie in Zürich. Sie ist aber vor allem eine der wichtigsten säkularen Ethikerinnen unserer Zeit. Ihre gesamte Arbeit ist auf das Ziel ausgerichtet, dass wir Menschen unser Mitgefühl aktivieren, damit unser Alltag, aber auch die Weltwirtschaft und die internationale Politik stärker von prosozialem Verhalten bestimmt werden können.
   Quelle: ZEIT
9. **Krösus und seine Kinder**
   London ist auf dem Weg, zu einem Zentrum der globalen Geldelite zu werden, die sich selbst – und ihr Vermögen – in London in Sicherheit glaubt. Denn tatsächlich ist der Sicherheitsfaktor der am häufigsten genannte Grund für den Zuzug. In London wird niemand festgenommen, exekutiert, ins Gefängnis gesteckt, und niemand muss fürchten, dass sein Geld konfisziert wird, weil es einem Machthaber gerade in den Sinn kommt. Im Gegenteil: England empfängt Menschen mit prallgefüllten Portemonnaies mit offenen Armen. So gelten für Begüterte vereinfachte Visabestimmungen und Aufenthaltserlaubnisse; auch Boris Johnson, Londons ehrgeiziger Bürgermeister, wirkt in dieser Hinsicht offenbar vertrauenerweckend: «Solange Boris am Ruder ist, können Milliardäre, die in London leben, sicher sein, dass kein Gesetz – national, regional oder lokal – erlassen wird, welches das Geldmachen erschweren wird», schrieb das Wirtschaftsmagazin «Forbes» im vergangenen Jahr.
   Natürlich hat dieser Lebensstandard auch seinen Preis: Die Kosten für Liegenschaften im Top-Segment stehen in der britischen Metropole an dritter Stelle weltweit, nur Monaco und Hongkong sind noch teurer. Dennoch floriert in Englands Kapitale der sogenannte «Super Prime»-Bereich. In begehrten Stadtteilen wie Kensington und Knightsbridge erwerben begüterte Klienten Wohnungen und Häuser, oft als

Feriendomizil oder als einen Wohnsitz unter vielen, aber auch als Anlageobjekte. Dementsprechend sind viele dieser Häuser mehrheitlich oder gänzlich unbewohnt und machen ganze Strassenzüge zu Geistervierteln.
Quelle: NZZ

10. **So schonungslos verheizt Amazon seine Manager**
Amazon hat die Anforderungen an seine Angestellten klar umrissen: 14 Kernpunkte listet das Unternehmen auf seiner Website auf. Dazu gehören Effizienz, Innovation und absolute Kundenorientierung. Erreicht wird dies jedoch dem Bericht zufolge mit Methoden, die Marathon-Konferenzen am Ostersonntag, 85-Stunden-Wochen sowie E-Mails nach Mitternacht umfassen – plus einer SMS, warum die Mail noch nicht beantwortet worden ist.
Wer doch hinter den Erwartungen zurück bleibt, dem wird die Kündigung nahe gelegt, so die «New York Times». So berichtet Molly Jay, die im Kindle-Team arbeitete, von der Reaktion der Firma, als sie aufgrund der Krebserkrankung ihres Vaters die Arbeitszeit reduzieren wollte. Dies lehnte ihr Chef ab, stattdessen wurde sie von ihm als «ein Problem» bezeichnet. Ihr bitteres Fazit: «Wenn du nicht fähig bist, absolut alles zu geben, 80 Stunden die Woche, dann sehen sie das als grosse Schwäche.»
Andere Insider berichten über zwei Frauen, die an Krebs erkrankten und mitgeteilt bekamen, dass aufgrund schlechter Leistung ihre Jobs gefährdet seien. Ihre Krebserkrankungen wurden als «Schwierigkeiten» in ihrem «Privatleben» eingestuft. Eine andere Angestellte erlitt eine Fehlgeburt – und wurde am Tag darauf von ihrem Vorgesetzten schon wieder auf eine Dienstreise geschickt mit den Worten: «Es tut mir leid, aber die Arbeit muss trotzdem erledigt werden.»
Quelle: Basler Zeitung

Anmerkung JK: *Jeff Bezos wird nicht umsonst unter den reichsten Menschen der Welt auf Platz 15 gelistet. Und nun darf sich jeder überlegen was er schon alles bei Amazon bestellt hat.*

Und: Auch deutsche Amazon-Mitarbeiter berichten von Schikane
Beim weltgrößten Online-Versandhändler Amazon werden Mitarbeiter offenbar auch in Deutschland gezielt schikaniert und unter Druck gesetzt, um sie zu noch mehr Einsatz zu zwingen.
Eine frühere Amazon-Mitarbeiterin sagte der Süddeutschen Zeitung, es sei üblich, dass Chefs ihre Untergebenen anschrien. Zum Weinen gehe man auf Toilette, an Geschluchze aus der Nachbarkabine gewöhne man sich schnell. Auch gebe es eine Art Wettbewerb, wer abends als letzter nach Hause geht und auf Rundmails am Wochenende am schnellsten antwortet.

In den USA sorgt derzeit ein Bericht der New York Times für Aufsehen. Die Zeitung hat mit mehr als 100 Amazon-Insidern gesprochen. Nach ihren Aussagen erwartet die Amazon-Führung zum Beispiel von Angestellten, dass sie E-Mails auch nach Mitternacht beantworten.
Amazon hat auch in Deutschland keinen guten Ruf. So erstellt die Firma in ihren Versandzentren sogenannte Inaktivitätsprotokolle. In einem dieser Protokolle aus dem Jahr 2014, das der SZ vorliegt, wird einem Mitarbeiter vorgeworfen, sich "von 07.27 bis 07.36 Uhr unterhalten" zu haben. Stefanie Nutzenberger, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Verdi, sagte, das System Amazon bestehe auch hierzulande aus "Arbeitshetze und Druck". Davon zeugten extrem hohe Krankenquoten von 20 Prozent und mehr.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

11. **Alter Manager sucht Job**
Drei Monate, dann habe ich einen neuen Job, dachte ein Top-Manager und unterschrieb den Aufhebungsvertrag. Er hatte sich noch nie so geirrt. Protokoll einer verzweifelten Jobsuche – mit glücklichem Ausgang.
Als Martin Maler, 50 (Name geändert), die Annonce aufgab, glaubte er noch an den Satz: Gute Leute werden immer gesucht. Klar. Er hatte immer zu den Guten gehört. Deshalb unterschrieb er auch den Aufhebungsvertrag, als seine Firma ins Schlingern geriet. Er ist Vertriebler, hatte alles genau kalkuliert: Kurzurlaub, Bewerbungen schreiben, Headhunter einschalten. Höchstens drei Monate, dachte er, dann geht es in einem neuen Job weiter – ein Treppchen höher auf der Karriereleiter. Er hatte sich noch nie so geirrt.
Zehn Monate und 50 Absagen später kommt der Brief von der Bundesagentur für Arbeit: In zwei Monaten läuft das Arbeitslosengeld aus. Bedeutet: Martin Maler muss vom Ersparten leben. Fonds auflösen, Sparverträge, Lebensversicherungen. Ist das Geld weg, droht Hartz IV. Spätestens dann wird er die Raten fürs Haus nicht mehr zahlen können.
Gerade noch Geschäftsführer – 40 Mitarbeiter, neun Millionen Euro Umsatz, 60-Stunden-Woche. Bald Kunde im Jobcenter – Nummer ziehen, in einem stickigen Flur in der Schlange stehen. "Mit fähig oder unfähig hat das nichts zu tun", sagt die Münchener Karriereberaterin Petra Cockrell. Martin Maler arbeitet in der Verlagsbranche, und die leidet unter der Digitalisierung. "Da nutzt Erfahrung nichts, da wird das Netzwerk löchrig. Jeder bringt sich selbst in Sicherheit."
Quelle: Spiegel

Anmerkung JK: *Der Artikel schildert die traurige und absurde Realität in*

Deutschland, ab spätestens 50 ist man für den Arbeitsmarkt tot und sei man noch so qualifiziert. Nichts desto trotz wird weiter von Jobwunder, Beschäftigungsrekord und Fachkräftemangel geschwafelt.

12. **Negatives Anreizsystem**
Seit Ende 2014 regiert mit Bodo Ramelow ein linker Ministerpräsident im Freistaat Thüringen. Mit ihrer Partei in dieser Verantwortung seien auch die Sanktionen gegen ungehorsame Hartz-IV-Bezieher gesunken, freute sich Anfang August die Thüringer Abgeordnete Ina Leukefeld (Die Linke). Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) war die Sanktionsquote von 3,3 Prozent in 2013 auf 3,2 Prozent im Jahr darauf gesunken. Im März 2015 waren demnach 2,9 Prozent der Leistungsbezieher von einer Kürzung der Grundsicherung betroffen. Doch der Jubel kam zu früh: Im April kletterte dieser Wert im Freistaat nach neuesten Zahlen wieder auf 3,1 Prozent. Damit lag Thüringen an vierter Stelle hinter Berlin (4,1 Prozent), Sachsen (3,5) und Rheinland-Pfalz (3,2) und noch über dem Bundesdurchschnitt von 3,0 Prozent.
Für Junge gelten härtere Regeln als für Ältere: Beim ersten »Vergehen« kann ihnen bereits der gesamte Regelsatz für drei Monate gestrichen werden, beim zweiten droht auch der Wegfall der Miete und Krankenkassenbeiträge. Ersatzweise können Jobcenter Gutscheine für Lebensmittel ausgeben. Mittel zur soziokulturellen Teilhabe oder Hygieneartikel gibt es dafür nicht, sondern nur Nahrung »ohne Alkohol- und Tabakwaren«. Supermärkte sind nicht verpflichtet, die Scheine zu akzeptieren. Laut Bundesagentur waren im März 6.426 Hartz-IV-Bezieher derart drastischen Strafen unterworfen.
Die Bundesregierung will die Strafpraxis nicht aufgeben, wie sie in diesem Jahr mehrfach gegenüber jW betonte. Der Wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums bejubelte bereits 2008 in einem Gutachten das »negative Anreizsystem«, das dazu diene, »mehr Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu erreichen«. Weiter heißt es darin: »Bei hinreichend scharfen Sanktionen auf eine Arbeitsverweigerung bedarf es keiner weiteren finanziellen Anreize zur Arbeitsaufnahme«, letztere könnten »aus Kostengründen unterbleiben«.
Quelle: junge welt
13. **Imtech & Co: Ablenkungsmanöver – BER ist seit Jahren außer Kontrolle**
Vor einer Woche die Imtech-Pleite. Jetzt Kungeleien mit Siemens, Bosch und der Telekom-Tochter T-Systems. Schlimmer geht’s immer beim BER. Haben die Prüfer in den vergangenen Jahren eigentlich geschlafen?
Die Hiobsbotschaften vom Hauptstadtflughafen BER reißen nicht ab. Vergangene Woche war es die Insolvenz von Imtech, der Schlüsselfirma auf der Baustelle. Hier geht es um Preisabsprachen, Scheinrechnungen, Bestechung und eine Geldübergabe

auf einer Autobahnraststätte – wer hätte gedacht, dass es so was noch gibt? Jetzt stehen einem Medienbericht zufolge leitende BER-Mitarbeiter und die deutschen Traditionskonzerne Siemens, Bosch und Deutsche Telekom unter Betrugsverdacht. Der Hauptstadtflughafen setzt offenbar jede Menge krimineller Energie frei. Es ist ein Schock. Es sind große deutsche Unternehmensnamen, die dem einstigen Vorzeigeprojekt Deutschlands hier übel mitspielten. Das ist ein Skandal. Aber der viel größere Skandal ist der BER und wie diese Baustelle gemanagt wird. Nicht die Imtech-Pleite, Scheinrechnungen und Preisabsprachen drohen den Eröffnungstermin ein weiteres Mal über den Haufen zu werfen, sondern die mangelnde Kontrolle am BER. Als die Insolvenz der Deutschland-Tochter des niederländischen Gebäudeausrüsters vor einer Woche bekannt wurde, wusste der Vorstand angeblich wieder einmal von nichts. Warum wird das Management immer wieder kalt erwischt? Die Pleite war absehbar. Jeder, den es interessiert hat, konnte wissen, dass Imtech Deutschland tief in finanziellen Schwierigkeiten steckte. Die Bilanzen der Jahre 2012 und 2013 weisen summiert einen Verlust von 300 Millionen Euro aus (siehe Bundesanzeiger rechts). Vergangenes Jahr kamen noch einmal 48 Millionen Miese dazu. “Was hat die Controlling-Abteilung des BER jahrelang gemacht? Warum wurden die Verträge nicht aufgekündigt”, fragt Danny Seifert von der gleichnamigen Unternehmensberatung. Er hat schon mit einer Reihe von Subunternehmern zusammengearbeitet, die durch Verzögerungen auf Großbaustellen zu Sanierungsfällen geworden sind.
Die Insolvenz von Imtech kommt dem Management möglicherweise nicht ungelegen. Der Vorstand kann die Schuld für eine weitere Verschiebung des Eröffnungstermins wieder einmal jemand anderem in die Schuhe schieben.
Quelle: n-tv

Anmerkung JK: *War der Berliner Flughafen und sein auf den Sankt Nimmerleinstag Tag verschobener Eröffnungstermin bisher eine Lachnummer, ist dies nun eine kriminelle Korruptionsgeschichte. Vor diesem Hintergrund bekommt auch das neoliberale Geschwafel, dass der Staat nicht in der Lage sei, Großprojekte erfolgreich zu managen, eine ganz andere Klangfarbe. Dass Projekte wie der Berliner Flughafen sich verzögern und die Kosten explodieren, liegt offenbar daran, dass die vielgelobten privaten Unternehmen solche durch die öffentliche Hand finanzierte Projekte offenbar als gute Gelegenheit begreifen, sich auf Kosten der Allgemeinheit schamlos zu bereichern. Offenbar hat keiner der Verantwortlichen Interesse daran das Projekt fertig zu kriegen, schließlich würde dann lukrative Einkommensquellen wegfallen.*

Dazu nochmals: Die unheimliche Firma

14. **USA wollen laut Bericht Drohnen-Nutzung ausweiten**
Das US-Militär will die Nutzung von Drohnen in Kriegs- und Krisengebieten in den kommenden vier Jahren einem Medienbericht zufolge deutlich ausweiten. Das Verteidigungsministerium plane, die Zahl der Flüge von täglich 61 auf 90 im Jahr 2019 zu erhöhen, sagte ein ranghoher Mitarbeiter des Pentagon dem "Wall Street Journal". Die Armee wolle damit ihre Aufklärungs- und Angriffsfähigkeiten in Ländern wie der Ukraine, dem Irak oder Syrien sowie in Regionen wie dem südchinesischen Meer und Nordafrika verbessern.
Der Einsatz von unbemannten und mit Waffen bestückten Flugzeugen ist hoch umstritten. Kritiker bemängeln, dass bei den Angriffen in Ländern wie Pakistan oder dem Jemen auch zahlreiche Zivilisten getötet wurden. Unabhängigen Schätzungen zufolge liege die Zahl der unschuldigen Opfer bei 3.000 Toten, heißt es in dem Bericht des "Wall Street Journal"
Quelle: derStandard

Dazu: Drone attacks in Pakistan are counterproductive, says report
"The CIA's programme of "targeted" drone killings in Pakistan's tribal heartlands is politically counterproductive, kills large numbers of civilians and undermines respect for international law, according to a report by US academics. The study by Stanford and New York universities' law schools, based on interviews with victims, witnesses and experts, blames the US president, Barack Obama, for the escalation of "signature strikes" in which groups are selected merely through remote "pattern of life" analysis. … The study goes on to say: Publicly available evidence that the strikes have made the US safer overall is ambiguous at best … The number of 'high-level' militants killed as a percentage of total casualties is extremely low – estimated at just 2% [of deaths]. Evidence suggests that US strikes have facilitated recruitment to violent non-state armed groups, and motivated further violent attacks … One major study shows that 74% of Pakistanis now consider the US an enemy."
Quelle: theguardian

15. **Das Kopftuch gehört ins Klassenzimmer**
NRW und Niedersachen kippen pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen und damit die Illusion von einem „neutralen Klassenzimmer". Bayern, Berlin und Saarland dagegen tun sich noch schwer. Welche Gefahr meinen die Gegner des Kopftuches von ihm ausgehen zu sehen? Sind ihre Argumente stichhaltig? Ein zusammenfassender Beitrag zum Schulstart über gebetsmühlenartig wiederholte, festsitzende Vorurteile und die unbeachtete Meinung der jungen Deutschen von Armin Begić
Jahrelange Aushandlungsprozesse gesellschaftlichen Wandels am Körper angehender

muslimischer Lehrerinnen scheinen ihr Ende gefunden zu haben. Doch obwohl das Bundesverfassungsgericht (BVG) ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen als rechtswidrig erklärt hat und die in zahlreichen Bundesländern etablierten Schulgesetze als Verstoß gegen die Religionsfreiheit einstuft, lässt es noch Spielraum für Interpretationen zu, die zukünftig neue Kontroversen heraufbeschwören könnten. Kontroversen durch die Kopftuchträgerinnen das Unterrichten dennoch erschwert werden kann.
Quelle: Migazin

Anmerkung C.R.: *Es wäre vermutlich – auch pädagogisch – sinnvoller gewesen, das öffentliche Schulsystem generell von religiösen Einflüssen zu befreien. Vorbilder könnten z.B. Frankreich und die Türkei sein.*

16. **Wer eine Wut auf die extreme Mitte hat, bleibt heute zu Hause**
Der pakistanisch-britische Intellektuelle und Aktivist Tariq Ali ortet in seinem kürzlich erschienenen Buch neue Chancen für die Linke. Diese müsse von Syriza und Podemos lernen, wie er im Gespräch betont.
«Die Sozialdemokratie ist überflüssig geworden», schreibt der pakistanisch-britische Intellektuelle Tariq Ali in seinem neuen Buch «The Extreme Centre», das Anfang Jahr auf Englisch erschienen ist. Als die Sozialdemokratie in den neunziger Jahren begonnen habe, sich dem Kapital unterzuordnen, habe sie dem demokratischen Prozess den Rücken gekehrt und sich damit zum Selbstmord entschlossen – alles, was sie den traditionellen AnhängerInnen heute noch bieten könne, seien leere ideologische Floskeln.
Ali ortet eine existenzielle Krise der europäischen Demokratie: Eine reaktionäre Finanzmaschinerie gebe in der EU den Ton an, während gleichzeitig in den Medien eine neue Kultur der Konformität zu beobachten sei. Die Symbiose zwischen Macht und Geld habe extreme Ausmasse angenommen.
Die Entwicklungen, vor denen Ali in seinem Buch warnt, sieht er am deutlichsten in seiner Wahlheimat: «Nirgendwo in Westeuropa hat eine sozialdemokratische Partei so bereitwillig und vollumfänglich vor den Forderungen eines deregulierten Kapitalismus kapituliert.»
Quelle: WOZ
17. **Gabriels Berater wünschte sich SPD-Pleite**
Der Essener PR-Profi Thomas Hüser ist in Nordrhein-Westfalen eine feste Größe, jetzt soll der Mann das Image von Sigmar Gabriel und der Bundes-SPD aufpolieren. Noch vor wenigen Wochen CDU-Mitglied, schreibt der Hüser seit einigen Wochen Strategiepapiere für Gabriel und hat schon einen “Online-Workshop” im Willy-Brandt-

Haus veranstaltet. Auf Facebook postet er nette Beiträge und Artikel über Gabriel. Doch er hat den Sozialdemokraten auch schon einmal öffentlich ein schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 gewünscht, wie die “Welt” nun berichtet. “Gabriel wird beim nächsten Mal wieder 20 plus x einfahren (…) Und das ist auch gut so (…)”, schrieb Hüser der Zeitung zufolge am 6. Dezember 2014 in einem Kommentar auf der Facebook-Seite Gabriels. Darin kritisierte er den SPD-Chef für dessen Haltung zur Bildung der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen. Auf den Kommentar angesprochen, sagte Hüser: “Ich bin immer noch kein Freund von Rot-Rot-Grün. Ich glaube auch, dass Koalitionen mit der Linken nicht unbedingt positive Auswirkungen auf das Bundestags-Wahlergebnis der SPD haben können.”
Er sehe den dauerhaften Erfolg der SPD in der Mitte. Nun wolle er alles dafür tun, dass seine 20-Prozent-plus-x-Prognose revidiert werde. Nachdem er im Frühjahr die Gabriel-Beratung übernommen hatte, war Hüser im Mai nach zehn Jahren aus der CDU ausgetreten. Das sei aber keine Bedingung Gabriels gewesen.
Quelle: n-tv

Anmerkung JK: *Dieser Partei ist nicht mehr zu helfen.*